

**Antrag 72/I/2022****Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Kein Konsens)****Die Irrfahrt vor dem Crash beenden – Schuldenbremse aus dem 4 Grundgesetz streichen!**

1 Sowohl die Corona-Krise als  
2 auch das vergangene Jahr haben  
3 gezeigt, wie wichtig es ist, dass  
4 Bund und die Länder finanz-  
5 politisch handlungsfähig sind.  
6 Diese Handlungsfähigkeit gilt  
7 es zukünftig zu bewahren und  
8 gleichzeitig den Parlamenten das  
9 volle Budgetrecht über die jähr-  
10 lichen Ausgaben einzuräumen.  
11 Wir erkennen an, dass die De-  
12 ckelung von Neuverschuldung in  
13 Form der Schuldenbremse oder  
14 der europäischen Maastricht-  
15 Kriterien im Grundsatz falsch  
16 und dysfunktional ist. Sie gehö-  
17 ren deshalb abgeschafft. Wenn  
18 Sparen zum Selbstzweck wird,  
19 stranguliert dies die ökonomische und politische Hand-  
20 lungsfähigkeit eines Staates und  
21 untergräbt so seine wirtschaft-  
22 lich nachhaltige Entwicklung.  
24 Kurzfristig fordern wir die Ver-  
25 längerung der vorübergehenden  
26 Aussetzung der Schuldenbremse  
27 über das Jahr 2022 hinaus. Davon

Der Antrag stellt neben der Schuldenbremse auch die Maastricht-Kriterien in Abrede. In Bezug auf die Schuldenbremse erscheint der Antrag zu absolut.

28 unberührt bleibt das langfristige  
29 Ziel, die Art. 109, 115 GG zu strei-  
30 chen. Die sozialdemokratische  
31 Fraktion im Bundestag sowie  
32 die brandenburgischen SPD-  
33 Abgeordneten und Mitglieder im  
34 Parteivorstand sollen sich zum  
35 nächstmöglichen Zeitpunkt für  
36 dessen ersatzlose Streichung  
37 einsetzen. Ferner fordern wir  
38 die Streichung der Regelungen  
39 in Art. 103 der Brandenburi-  
40 schen Landesverfassung, welche  
41 ebenfalls in einer vergleichbaren  
42 Form die Deckelung öffentli-  
43 cher Ausgaben vorsehen. Die  
44 sozialdemokratische Fraktion  
45 im brandenburgischen Landtag  
46 soll sich um die entsprechenden  
47 Streichungen bemühen.

48

#### 49 **Begründung**

50 Öffentliche Investitionen sind  
51 die Grundlage für den Weg  
52 in ein ökologisch nachhaltig  
53 produzierendes, digitales und  
54 sozial gerechtes Zeitalter. Als  
55 SPD fordern wir Investitionen in  
56 Daseinsvorsorge, in ein ausge-  
57 bautes Mobilitätssystem, stabile  
58 Energienetze bestehend  
59 aus erneuerbaren Quellen sowie  
60 moderne, lückenlose Breitband-  
61 verkabelung. Diese überfälligen,

62 aber erheblichen Ziele sind nur  
63 mittels voluminöser öffentlicher  
64 Investitionen zu erreichen. Im  
65 Jahr 2009 implementierte der  
66 Gesetzgeber eine Deckelung  
67 dieser öffentlichen Investitionen  
68 im Grundgesetz - die sogenannte  
69 Schuldenbremse. Der Artikel 109  
70 Abs. 3 GG legt ein grundsätz-  
71 liches Verbot von struktureller  
72 Neuverschuldung für die Länder  
73 und ein maximales Neuver-  
74 schuldungsniveau von 0,35  
75 Prozent für den Bund fest. Die  
76 länderspezifische Ausgestaltung  
77 der Schuldenbremse ist laut  
78 Art. 109 Abs. 3 GG von den  
79 Ländern im Rahmen ihrer verfas-  
80 sungsrechtlichen Kompetenzen  
81 individuell in der Landesverfas-  
82 sung oder im Haushaltsrecht  
83 festzusetzen. Ausnahmen von  
84 der Schuldenbremse sind nur bei  
85 außergewöhnlichen Ereignissen  
86 wie schweren Naturkatastro-  
87 phen oder Wirtschaftskrisen  
88 vorgesehen.

89 Als Reaktion auf die Corona-Krise  
90 wurde die Schuldenbremse vor-  
91 läufig ausgesetzt. Erst das ermög-  
92 lichte sowohl die Krisenmaßen  
93 der Bundesrepublik als Reaktion  
94 auf die Pandemie als auch die bis-  
95 herigen sozialen Ausgleichsmaß-

96 nahmen aufgrund der gestiege-  
97 nen Energie- und Lebensmittel-  
98 preise.

99 Die Schuldenbremse als unde-  
100 mokratische Investitionsbremse

101 Ausgehend von einem fehl-  
102 geleiteten Verständnis von  
103 Generationengerechtigkeit und  
104 dem Sparen als Selbstzweck  
105 verankerte der Gesetzgeber  
106 mit der Schuldenbremse einen  
107 Mechanismus, der seine eigene  
108 Handlungsfähigkeit insbesonde-  
109 re in den Bereichen öffentlicher  
110 Investitionen in Daseinsvorsorge,  
111 sozialpolitischen Instrumenten  
112 sowie aktiver und gestaltender  
113 Wirtschaftspolitik nachhaltig  
114 beschränkt. Das Haushaltsrecht  
115 ist die entscheidende Kompetenz  
116 des Parlaments. In Zeiten, in  
117 denen entscheidende Zukunfts-  
118 aufgaben gelöst werden müssen,  
119 bedeutet eine solche Decke-  
120 lung die Beraubung politischen  
121 Handlungsspielraums für pro-  
122 gressive Akteure und Parteien,  
123 die den Anspruch haben, für  
124 kommende Generationen das  
125 Versprechen auf eine bessere  
126 Zukunft einzulösen.

127 Die Klimaschutzbremse

128 Die Bedingung für das Gelingen  
129 der sozial-ökologischen Transfor-

130 mation von Wirtschaft und In-  
131 dustrie ist ein handlungsfähiger  
132 und starker Staat. Generationen-  
133 gerechte Politik bedeutet effektiv,  
134 die Voraussetzungen für das Lö-  
135 sen von überfälligen Transforma-  
136 tionsaufgaben wie beispielswei-  
137 se dem Ausstieg aus der Koh-  
138 leverstromung sowie dem En-  
139 de von Verbrennungstechnologi-  
140 en im Automobilssektor zu schaf-  
141 fen. Junge Menschen demons-  
142 trieren auf den Straßen nicht  
143 für schwarze Zahlen, sondern für  
144 den Erhalt einer lebenswerten  
145 Zukunft und für das Ernstneh-  
146 men der Klimakrise. Die Wei-  
147 gerung konservativer politischer  
148 Verantwortungsträger\*innen, die  
149 notwendigen finanziellen Mittel  
150 dafür in die Hand zu nehmen,  
151 überlässt der Privatwirtschaft, die  
152 Bekämpfung dieser existenziel-  
153 len Krise und stellt damit ein  
154 Scheitern sicher.

155 Die Krisenuntauglichkeit der  
156 Schuldenbremse

157 Im Zuge der Corona Pandemie  
158 hat der Bund etwa 130 Milliar-  
159 den neue Schulden aufgenommen.  
160 Zur Bewältigung der Krise  
161 genutzte Neuaufnahmen sind so  
162 weit mit der Schuldenbremse ver-  
163 einbar. Doch schon während der

164 Krise wurde vonseiten der Union  
165 angekündigt, diese erhöhten Aus-  
166 gaben zukünftig mit noch stren-  
167 gerer Haushaltsdisziplin und da-  
168 mit mit der Streichung von Zu-  
169 kunftsinvestitionen oder sozial-  
170 politischen Ausgaben auszuglei-  
171 chen. Gleiches wurde in Verbin-  
172 dung mit den Entlastungspake-  
173 ten im Laufe dieses Jahres gefor-  
174 dert. Ab 2023 werden sich die öf-  
175 fentlichen Haushalte zudem wie-  
176 der an den Maßgaben von Art.  
177 109 und 115 GG messen las-  
178 sen müssen. Zusätzlicher Druck  
179 entsteht dadurch, dass sowohl  
180 das Sondervermögen für Klima  
181 und Transformation als auch das  
182 für die Bundeswehr Sondertil-  
183 gungen nach sich ziehen werden,  
184 die künftige Haushalte besonders  
185 belasten.

186 Die Schuldenbremse in seiner ak-  
187 tuellen Form wirkt entgegen an-  
188 tizyklischer Finanzpolitik, da sie  
189 erst im Abschwung bzw. krisenar-  
190 tigen Situationen den haushalts-  
191 politischen Raum für die Stabili-  
192 sierung des Konjunkturzyklus' er-  
193 öffnet. Weiterhin fehlen bis heu-  
194 te Belege (national und interna-  
195 tional), dass Fiskalregelung zur  
196 Deckelung der Neuverschuldung  
197 Schuldenquoten tatsächlich ver-

198 ringern. Prozyklische Finanzpoli-  
199 tik kann durch negative Effekte  
200 auf Steuereinnahmen, Arbeitslo-  
201 sigkeit und das Bruttoinlandpro-  
202 dukt Volkswirtschaften sogar zu-  
203 sätzlich destabilisieren.